

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Die unverschont eingehende Manuskripte
beruht auf der Redaktion keine Verantwortung.

Verantwortlicher Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Demonstrationsstreik der Eisenbahner?

Das „Ultimatum“ der Eisenbahner. — Abbruch der Verhandlungen des Haushaltsausschusses.

Protest des Reichsfinanzministers.

Der Haushaltsausschuss des Reichstags beriet heute die Beschlüsse des Unterausschusses über die Einkufung des Verkehrspersonals in die Besoldungsordnung. Die Vertreter der drei Eisenbahnerverbände hatten dazu ein Ultimatum eingebracht, daß bei einem Demonstrationsstreik der Eisenbahner in ganz Deutschland herbeiführen würden, wenn nicht bis heute nachmittags 3 Uhr ihre Forderungen erfüllt seien. Darüber entwickelte sich eine lebhafte Aussprache. Der Finanzminister erklärte, daß er ansehe des Ultimatums keine Bemerkungen um eine Verständigung einstellen müsse. Es gehe gegen die Autorität der Regierung und gegen das Parlament, daß die Eisenbahner in einer derartigen Weise einen Druck ausüben. Diesem könne man nicht weichen.

Abg. Erasing (Zentr.): Der Ausschuss kann sich dem Diktat dieser Organisationsvertreter unter keinen Um-

ständen beugen. Ich beantrage Aussetzung der Verhandlungen.

Abg. Dr. Bachmike (Dem.): Sachlich wäre eine Einigung leicht möglich gewesen. Dieses Schriftstück der Organisation an die Reichsregierung und den Haushaltsausschuss zwingt uns aber, die Verhandlungen auszusuchen. Sie können nicht eher wieder aufgenommen werden, als bis die Organisation von dieser offenbar durch Unterbrechung erhobenen Drohung mit dem Demonstrationsstreik zurücktritt.

Die Abgeordneten Kohler (Soz.), Schuldt (Dem.) und Dr. Böhl (Zentr.) stellten fest, daß die ihnen nahestehende Organisation von dem Ultimatum nicht verhängt worden sei. Auch die Vorstände der Organisation wußten nichts davon.

Der Ausschuss sahte danach den Beschluß, bis zur Klärung der Angelegenheit und zur förmlichen Zurückziehung des Ultimatums die Verhandlungen auszusetzen. Die nächste Sitzung wurde auf Montag angesetzt.

Die volkswirtschaftlichen Schäden der Finanzreform.

Von Maxradbruch verboten.

Georg Cotheln,
Mitglied des Reichstags.

I.

Eine Finanzreform, die das Wirtschaftsleben schwer schädigt, ist verfehlt; sie untergräbt die steuerliche Leistungsfähigkeit, haut die Wurzeln ihrer eigenen Kraft ab. Allerdings wird — von wenigen Ausnahmen abgesehen — jede Steuer auf manche Zweige des Wirtschaftslebens nachteilig einwirken. Steuern sind nun einmal „notwendige Übel“. In Zeiten so furchtbarer wirtschaftlicher Erschöpfung wie nach dem langen, entsetzlich ausgegangenen Krieg, nach der Revolution, der auch nach Abschluß des Waffenstillstandes fortgesetzten Blockade und dem unerträglichen Friedensvertrag würde das Wirtschaftsleben am besten von allen Steuern befreit werden. Aber nie waren die Anforderungen an den Staatshaushalt so ungeheuer, nie war die Notwendigkeit, neue Steuern zu schaffen, bestehende zu erhöhen, so groß wie jetzt. Um starke Schädigungen des Wirtschaftslebens durch Steuern war also nicht herumzukommen. Es fragt sich nur: war ihr finanzieller Vorteil überall so groß, daß dem gegenüber die ungeheure wirtschaftliche Schädigung in Kauf genommen werden mußte, oder ist letztere nicht vielmehr so tiefgehend, daß man auf gewisse Steuermehrerträge besser verzichtet hätte?

Da ist denn der Erzberger'schen Steuerreform der Vorwurf nicht zu ersparen, daß sie populären Schlagworten eines mißverständlichen Sozialismus nachgebend eine kapitalfeindliche Gezeiher gezeitigt hat, die sich am deutschen Volk schwer zu rächen droht.

Man hat berechnet, daß in diesem Krieg etwa 30 Millionen Menschen — Männer im kräftigen, arbeitsfähigen Alter — vier Jahre lang jährlich je 2000 Arbeitsstunden nicht gearbeitet haben. Nahezu ebenso viel Arbeitsstunden dürften auf die Herstellung unproduktiver, der Vernichtung von Menschen und Produktionsmitteln dienenden Heeres- und Marinebedarfs entfallen. Fast bis zehn Millionen im besten Alter stehender Menschen haben im Krieg einen vorzeitigen gewaltigen Tod gefunden; eine kaum geringere Zahl ist durch Kriegsbeschädigung, Krankheiten, Unterernährung in ihrer Arbeitsfähigkeit erheblich geschwächt. All das hat dazu geführt, daß es heute in der ganzen Welt an Waren, vor allem an Produktionsmitteln ungemein mangelt. Mindestens ein Jahrzehnt wird vergehen, ehe dieses Vakuum einigermaßen ausgefüllt ist. Um dieses Ziel zu erreichen, gilt es vor allem Produktionen zu fördern, die die Produktion von Gütern dient. Man selbst war eigentlich gar nicht kapitalfeindlich; er sah in dem Kapital einen gewaltigen Kulturfaktor; er meinte nur, daß die kapitalistische Entwicklung sich bald selbst überflüssig machen und durch die sozialistische Produktionsweise ersetzt werden würde. Nie hat er aber eine solche Entwicklung von einem Krieg, einer Revolution, einem Umsturz erwartet. Die jetzige Zeit ist die denkbar ungeeignetste für die Verwirklichung der Ideen des Sozialismus. Wo man, wie in Rußland, den Versuch dazu gemacht hat, das kapitalistische System durch das kommunistische zu ersetzen, hat dies, nach dem eigenen Material der bolschewistischen Machthaber, zu einem wirtschaftlichen Zusammenbruch, zu einem Kulturrückschritt, zu einer Verschlechterung der Lebenslage gerade auch der breitesten Massen geführt, die ohne Beispiel sind. Wissenschaftliche Kenner des Sozialismus, wie Eduard Bernstein und Karl Kautsky, warnen daher jetzt dringend vor der Verleitung zum Kapitalismus, der für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens gar nicht zu entbehren sei. Herr Erzberger jedoch rühmte den sozialen Charakter seiner Steuerreform, die 75 Prozent des ungeheuren Steuerbedarfs vom Volk nehme, so daß es in Zukunft keine großen Vermögen und Einkommen mehr geben würde.

Wie aber soll die wichtigste volkswirtschaftliche Aufgabe der Gegenwart: die Erhaltung und Neubildung von Kapital gelöst werden, wenn die großen Vermögen weitgehend konfisziert, wenn ihre Neubildung durch Steuermaßnahmen unmöglich gemacht wird? Neues Kapital wird eben nur aus dem Leberschub der Produktion über den laufenden Verbrauch gebildet. Und an dieser Leberschubbildung ist nun einmal die handarbeitende Bevölkerung selbst in Zeiten relativ hoher Löhne nur sehr unbedeutend beteiligt. Auch in jetziger Zeit wird das durch die verhältnismäßig geringfügigen Mehreinkünfte bei den Sparkassen, durch die überfüllten Tanzlokale, Kinos und Boxerkämpfe, durch die riesigen Zigarettenverbrauch und anderes mehr aufs Neue bestätigt. Die Forderung der Arbeitnehmer auf den vollen Ertragswert ihrer Arbeit übersteigt die Notwendigkeit umfangreicher Abgaben, Erneuerungen, Verbesserungen. Der „Kapitalist“ — nicht der Kleinrentner, der seine Kapitalrente verzehrt — verbraucht für sich nur den kleinsten Teil seines Einkommens; ganz überwiegend dient ihm dieses zur Bildung neuen Kapitals, sei es durch Erneuerung seines eigenen Betriebs, sei es durch Erwerb von Effekten, Hypotheken, Waren, die es andern möglich machen, mehr Produktionsmittel zu schaffen. (Vergleiche auch die neueste Schrift des österreichischen Sozialdemokraten Otto Bauer über Sozialdemo-

Internierung polnischer Truppen in Ostpreußen.

2000 Mann im Lager Arns interniert.

Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, fand gestern abend der erste Lebertritt polnischer Truppen auf deutsches Gebiet statt. Der Vorgang spielte sich folgendermaßen ab: In den Nachmittagsstunden trafen polnische Truppen in der Stärke von etwa 2000 Mann und 40 Offizieren an der Grenze beim Schlagsbaum Posten ein, aus der Richtung von Grajewo kommend. Die Truppen zögerten zunächst an der Grenze. Auf die Aufforderung des deutschen Kommandeurs der Reichswehr, noch vor Eintritt der Dunkelheit in kleinen Trüps die Grenze zu überschreiten und sich einzufassen zu lassen oder wieder abzurücken, entschlossen sich die Polen zum Lebertritt. Die Truppen wurden daraufhin von der Sicherheitspolizei entwaffnet und vorläufig in das Internierungslager Arns gebracht. Um den Abtransport nach dem inneren Deutschland auf dem Seewege zu ermöglichen, wurde gestern durch den Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris der Oberste Rat ersucht, für die Bereitstellung von Schiffsräumen zu sorgen, da von deutscher Seite nicht genügend Schiffe zur Verfügung ständen.

Seite früh traf — ebenfalls beim Schlagsbaum Posten — ansehend in der Verolung der Polen eine Schwadron bolschewistischer Kavallerie ein, die aber, ohne die Grenze zu berühren, in südlicher Richtung abzog. Die internierten Truppen sind inzwischen von der Grenze fortgezogen und bei Allenstein konzentriert worden. Gegenwärtig wird der Grenzschutz lediglich von der preussischen Grenzpolizei (1000 Mann) und 4—5000 Mann Sicherheitspolizei ausgeübt. Um diese unzureichenden Maßnahmen zu verstärken, wurde der Reichskommissar von Allenstein gestern abend von der Regierung ermächtigt, bis zum Eintreffen der entscheidenden Antwort des Obersten Rates in dringenden Fällen Reichswehrtruppen in Gegenden des Abgrenzungsbereiches zu ziehen, in denen keine Grenztruppen händen. Der Vorliegende der Friedensdelegation wird versuchen, die Genehmigung dafür zu erwirken, daß die internierten Kommissionen ermächtigt wird, im Einvernehmen mit dem Reichskommissar Reichswehrtruppen in alle bedrohten Grenzgebieten zu ziehen.

Wyd, 31. Juli. (W. L. B.)

Wie die „Ander Zeitung“ mitteilt, haben die italienischen Besatzungstruppen am Freitag morgen Wyd mit einem Sonderzug über Arns-Sensburg verlassen, bis auf ein geringes Kommando, das wahrscheinlich noch bis zur Lebergabe der Kaserne hier bleibt. Die Truppen werden zunächst nach Allenstein gebracht. Der Kontrolloffizier, Oberleutnant Pio, bleibt einweisen noch in Wyd. Die „Ander Zeitung“ fügt hinzu, daß von einer Erregung in Wyd nichts zu spüren sei, die Stadt sei völlig ruhig.

Vordringen der Russen über Ostrowiec.

General Haller polnischer Befehlshaber im Norden.

Warschau, 31. Juli. (W. L. B.)
Generalstabbericht vom 30. Juli. Eine Abteilung der bolschewistischen Kavallerie dringt über Ostrowiec in der allgemeinen Richtung nach Südwesten vor. Ihre Vorhuten wurden bei Komha durch unsere Abteilungen abgewehrt. Alle Angriffe der 4. feindlichen Armee an der Karolinie von Wosna bis zur Eisenbahnlinie Walschot-Brest-Litovsk wurden abgewehrt. Südlich von Walschot gelang es dem Feinde, sich der Eisenbahnstation Gerschwa zu bemächtigen. Gegenwärtig führen unsere Abteilungen dort Gegenangriffe. Die polnische Gruppe geht auf ihre Stellungen bei Walschot zurück. Nachdem sie auf ihrem Rückzug vier bolschewistische Infanterieregimenter geschlagen hatte, macht sich jetzt ein stärkerer Druck des Feindes nicht fühlbar. Am 29. und 30. Juli. Die Kampfhandlungen in der Gegend von Wroch-Randzjowski dauern fort. Die Flugzeugaufklärung ist dort durch atmosphärische Verhältnisse erschwert. Am 29. und 30. Juli ist die Lage im allgemeinen unverändert. Der Feind, an einigen Stellen den Fluß überschritten hatte, wurde durch

unserer Abteilungen im Gegenangriff zurückgeworfen. Das Oberkommando. Der Generalstab.

Wie aus militärischen Kreisen verlautet, ist General Szepietycki an Diphtherie schwer erkrankt. Den Oberbefehl über die nordöstliche Front hat General Joseph Haller übernommen.

Beginn der russisch-polnischen Waffenstillstandsverhandlungen.

(Telegramm)

Paris, 31. Juli. (W. L. B.)

Der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien“ erklärt, daß auf die beide Telegramme vom 26. und 28. Juli an Dichtigerin noch keine Antwort aus Moskau eingegangen sei, andererseits wurde gemeldet, daß gestern abend 6 Uhr in Warschau die polnischen und die russischen Bevollmächtigten zur ersten Zusammenkunft eingetroffen seien. Dem gleichen Korrespondenten zufolge wird Krasin Göteborg heute abend verlassen und am Montag in London eintreffen.

Die Abtretung des rechten Weichselufers an Polen.

Die Entscheidung der Vorschatterkonferenz in Paris.

Weder die Entscheidung der Entente über das rechte Weichselufer des Abgrenzungsbereiches von Marienwerder erfahren wir von gut unterrichteter Seite: Die Vorschatterkonferenz in Paris hat, ohne andere sachliche Unterlagen als die Berichte ihrer Kommissionen, die Entscheidung getroffen, das ein Streifen des rechten (deutschen) Weichselufers vom Uffrand bis zu den Zuhnenköpfen an Polen abzutreten ist. Gensjo fallen die Orte Kleinlebe, Augendie, Reu-Liebenau, Kramersdorf und Johannisdorf als Prädentöpfe an Polen. Besonders schmerzhaft würde der Verlust des Hafens Kurgobral, drei Kilometer von Marienwerder, des Hauptumschlaghafens für die Weichsel-Rogatjischiffahrt sein. Durch die Entscheidung der Entente ist nicht nur das gesamte Hinterland von der Weichsel abgeschnitten, sondern es ist auch unmöglich, die Instandhaltung der Deiche und der Entwässerungsanlagen durchzuführen. Es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die zuständigen Stellen der Alliierten nach dem Wiederauftritt der Vorschatterkonferenz diese Entscheidung einer Nachprüfung unterziehen.

„Los von Warschau!“

Die Stimmung in Pommern.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Schneidemühl, 31. Juli.

Die drohende Lage der polnisch-bolschewistischen Front hat in den hiesigen polnischen Kreisen eine hochgradige Nervosität hervorgerufen, die sich in der Verhängung des Standrechts und Ausbreitungen gegen Deutsche und besonders gegen Juden äußert, zum Beispiel in Gulinsee und Thorn. Grundlose Verhaftungen sind an der Tagesordnung, so wurde das Bureau der Deutschen Vereinigung in Thorn festgenommen und erst nach drei Tagen wieder freigelassen, da auch nicht das geringste belastende Material gefunden wurde. Daß unter diesen Umständen der Gedanke „Los von Warschau“ immer mehr Anhänger findet, ist nicht verwunderlich; selbst den einheimischen Polen ist die Nervosität der landfremden Beamten wohl geworden. Man hofft, daß die russische Sowjetrepublik beim Friedensschluß mit Polen mit Bezug auf das Abgrenzungsbereich in West- und Ostpreußen eine nachträgliche Abtretung auch für Pommern und Polen fordern wird. Deutsche, Danziger und pommersche Kommunisten sollen ein diesbezügliches Verlangen an die Russen bereits gestellt haben.